

Vortrag am Dionysianum zum Thema Bevölkerungsschutz

Was tun bei einem Großausfall?

Münsterländische Volkszeitung vom 10. Oktober 2026 (C) Altmeppen Verlag GmbH & Co KG; alle Rechte vorbehalten

RHEINE. Unter dem Motto „Vorbereitet statt überrascht – Wege zu mehr Resilienz auf der kommunalen Ebene in Katastrophe, Krise und Krieg“ hat Karlheinz Fuchs, zuständiger Dezernent für den Bevölkerungsschutz im Kreis Steinfurt, vor 90 Gästen über Krisenvorsorge gesprochen.

Auf Einladung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) und des Gymnasiums Dionysianum ordnete Fuchs das Thema in einen größeren Zusammenhang ein. Geopolitische Veränderungen, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, aber auch Erfahrungen aus der Schneekatastrophe 2005 im Münsterland und die Erinnerungen an den mehrtägigen Stromausfall in Berlin hätten den Bevölkerungsschutz wieder auf die politische Tagesordnung gebracht.

Von staatlicher Seite werde in Krisenlagen erwartet, gut vorbereitet zu sein. Tatsächlich liefen die Akteure einer Krise oft planerisch und praktisch hinterher, sagte Fuchs. Für den Kreis Steinfurt bedeute das: „Alles was möglich ist, kann auch passieren. Wir müssen das Undenkbare vordenken!“. Zugleich räumte er ein, dass dem Thema Krisenvorsorge in den vergangenen Jahren zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden sei und deshalb nicht in allen Fällen ausreichend Kräfte und Mittel bereitstünden.

Als größte Herausforderung sieht Fuchs einen längeren, großflächigen Stromausfall, etwa durch einen terroristischen oder hybriden Angriff auf die Infrastruktur oder durch menschliche Fehlbedienung. Die Folgen wären weitreichend: Verkehr,



Eine Person läuft eine dunkle Straße in Zehlendorf entlang, die nur durch einen Autoscheinwerfer erhellt wird. Zehntausende Menschen im Südwesten der Hauptstadt hatten Anfang des Jahres keinen Strom – und das bei Schnee und Kälte. Grund war ein Brandanschlag auf das Berliner Stromnetz.

Foto: picture alliance/dpa

Arztpraxen, Geschäfte und Banken kämen zum Erliegen, auch Telefonie, Internet, Medien und Notrufe wären nur eingeschränkt oder gar nicht verfügbar. Gerade der Ausfall der Kommunikation würde die Krisenbewältigung erheblich erschweren.

Für den Kreis Steinfurt seien bereits zahlreiche Maßnahmen vorgedacht oder geplant. Benannt sind mehr als 50 zentrale kommunale Anlaufstellen für die medizinische Primärversorgung. Es gibt Absprachen mit öffentlichen und privatwirtschaftlichen Einrichtungen zur Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln. Geplant sind zu-

dem Informationszentren etwa in Rathäusern, Polizei- und Feuerwachen sowie Gemeinde- und Schützenhäusern. Notstromaggregate und deren Kraftstoffversorgung für Krankenhäuser und andere wichtige Einrichtungen seien sichergestellt und würden weiter ausgebaut. Auch ein unabhängiges Kommunikationsverfahren zwischen krisenrelevanten Einrichtungen sowie die regelmäßige Information der Bevölkerung seien bereits eingeübt. Weitere Vorbereitungen etwa für Senioreneinrichtungen, Dialysezentren, Landwirtschaft, Gemeinschaftsküchen und Notfallunterkünfte liefen.

Für den Fall einer militärischen Eskalation verwies Fuchs zudem auf die Rolle Deutschlands als Drehscheibe für Truppen- und Materialtransporte. Auch das Kreisgebiet müsse dann Transporte auf Straße und Schiene unterstützen, etwa mit Kraftstoff, Verpflegung, medizinischer Versorgung und Unterkünften. Voraussetzung für all diese Planungen sei eine funktionierende Kommunikation.

Zum Schluss gab Fuchs Hinweise für die private Vorsorge. Empfohlen werden nicht verderbliche Lebensmittel für fünf bis zehn Tage, rund zwei Liter Trinkwasser

pro Person und Tag, Medikamente, Taschenlampen und Batterien, ein möglichst batteriebetriebenes oder als Kurbelradio nutzbares Notfallradio, Bargeld sowie ein Campingkocher oder Grill. Sinnvoll sei außerdem ein griffbereites Notfallgepäck mit Kopien wichtiger Dokumente, Ladekabeln und Powerbank, Kleidung, Hygienartikeln, Medikamenten für ein bis zwei Tage, Decke oder Schlafsack und Bargeld.

Die Gesellschaft für Sicherheitspolitik kündigte weitere Informationsangebote zu Gesamtverteidigung sowie Katastrophen- und Krisenvorsorge an.